Foto: Hasan Mrad, dpa

Im Hafen von Sfax in Tunesien warten Migranten, die von der tunesischen Marine-Nationalgarde im Mittelmeer abgefangen wurden, wie es mit ihnen weitergeht.

„Rechnung ohne Migranten gemacht“

Interview | Forscher Stefan Luft stellt Tabus der deutschen Flüchtlingspolitik infrage - und plädiert für einen Systemwechsel

Herr Dr. Luft, die EU-Innenminister haben sich darauf geeinigt, das gemeinsame europäische Asylsystem zu verschärfen. Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser spricht von einem „historischen Erfolg“. Ist das richtig bewertet?
Ich beobachte die Migrationspolitik seit mehr als 30 Jahren. Es gibt gute Gründe, bei der Bewertung sehr zurückhaltend zu sein.

Welche?
Die Erfahrungen zeigen vor allem, dass jemand, der seinen Fuß auf den Boden eines EU-Mitgliedstaates setzt, mit großer Wahrscheinlichkeit unabhängig vom Ausgang seines Asylverfahrens wird bleiben können. Daraus resultiert das „Kalkül des Bleibens“. Das heißt, auch jene, die möglicherweise ahnen, dass sie kein Anrecht auf Asyl- oder Flüchtlingsschutz bekommen werden, versuchen es trotzdem. Und sie liegen damit ja auch nicht falsch. Sieben von zehn Ausreisepflichtigen bleiben innerhalb der EU. Warum sich das jetzt relativ kurzfristig ändern sollte, erschließt sich mir nicht, wenn ich mir die Maßnahmen ansehe, die nun beschlossen wurden.

Kern des Beschlusses ist, dass Migranten aus Staaten, deren Bürger in Europa keine oder nur eine geringe Bleibeperspektive haben, in Zentren an den EU-Außengrenzen ihr Asylverfahren durchlaufen und bei Ablehnung sofort abgeschoben werden sollen. Ist es realistisch, dass das so funktionieren wird?
Zuallerst: Wer ist davon betroffen? Es sollen nur diejenigen Nationalitäten davon betroffen sein, deren Anerkennungsquote bei unter 20 Prozent liegt. Das betrifft nicht so sehr viele. Bei Eritrea beispielsweise ist die Anerkennungsquote 81 Prozent, bei Belarus 80 Prozent, bei Syrien 71 Prozent, Afghanistan 64 Prozent – Bewerberinnen und Bewerber aus diesen Ländern werden also auch weiterhin das reguläre Asylverfahren durchlaufen. Der zweite Punkt: Es ist für mich nicht ersichtlich, warum es nun gelingen soll, vollziehbar ausreisepflichtige Personen tatsächlich zur Ausreise zu bringen, wo dies jahrzehntelang nicht gelungen ist.

> „Abschottung sähe ganz anders aus

Wie könnte das denn funktionieren?
Wenn man nach einer Lösung sucht, muss man das Hauptproblem identifizieren. Das Hauptproblem ist, dass jemandem, der das EU-Territorium betreten hat, Rechte zuwachsen, die ihm mindestens einen Aufenthalt von längerer Dauer ermöglichen. Mit diesem Prinzip bleibt immer ein starker Anreiz verbunden, es zu versuchen.

Was wäre ihrer Ansicht nach zu ändern?
Ich plädiere seit einiger Zeit für einen Systemwechsel. Wenn man zu einer Steuerung und Begrenzung von Migration kommen will, wie es im Aufenthaltsgesetz steht, dann muss man weg vom individuellen Asylrecht hin zu Umsiedlungsverfahren, also dem „Resettlement“, wie es die klassischen Einwanderungsländer, wie die USA oder Australien, betreiben. Dazu wäre mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zusammenzuarbeiten. Das hätte vor allem aus humanitärer Sicht den großen Vorteil, dass die eigentlich bedürftigen Personen davon erfasst würden – und nicht diejenigen, die die Kraft und Ressourcen haben, sich bis an die EU-Außengrenzen durchzuschlagen.

Die Frage, ob jemand Asyl in der EU bekommt, sollte also nicht innerhalb der EU geklärt haben, sondern in den EU-Anrainerländern?
Ja. Denn die meisten Asylbewerber kommen nicht direkt aus ihren Herkunftsländern in die EU, sondern aus den Anrainerstaaten. Allerdings wollen sie ja in der EU nicht irgendwo hin, sondern haben ganz konkrete Vorstellungen, wo sie bessere Lebensperspektiven erwarten. Deshalb sammeln sie sich zu großen Teilen in wenigen Mitgliedstaaten. Die beabsichtigte Umverteilung in der EU wird deshalb nicht funktionieren. Diese Rechnung wird ohne die Migranten gemacht. Sie sind keine anonyme Großgruppe, die man beliebig hin- und herschieben kann.

Was halten Sie von Abkommen mit EU-Anrainerländern wie jenes mit der Türkei, das 2016 geschlossen wurde und regelt, dass die Türkei Migranten, die aus ihrem Land nach Europa aufbrechen, dort aber kein Asyl bekommen, zurücknimmt, dafür aber die EU einen anderen Flüchtling aus der Türkei aufnimmt. Dieser Mechanismus war seinerzeit von Gerald Knaus entwickelt worden, der als Migrationsexperte gilt.
Diese 1:1-Neuansiedlungsregelung hat mit rund 25.000 neuangesiedelten Syrern in der EU keine übermäßig große Rolle gespielt. Zentral war und ist: Die Türkei wirkt als Pufferstaat. Das Land hat gegen Milliardenzusagen aus der EU zugestimmt, viele von der Überfahrt abzuhalten und Griechenland betreibt Grenzschutz. Der Weg in die EU aus südöstlicher Richtung ist damit blockiert. Pufferstaaten kann man sich nicht aussuchen. Als Transitland ist allein ihre geografische Lage entscheidend. Tunesien soll jetzt den Weg aus Süden versperren. Ob das funktioniert, wird sich in den Verhandlungen zwischen der EU und der tunesischen Regierung zeigen.

Kritiker des jetzt erzielten Kompromisses, etwa aus Reihen der Grünen, aber auch von Flüchtlingshilfsorganisationen, sagen, damit schotte sich Europa weiter ab. Was sagen Sie dazu?
Das ist Unsinn. Abschottung sähe ganz anders aus. Es gibt die Illusion, man könne steuern, wohin Migranten in Europa gehen. Auch das ist Unsinn. Meine Prognose ist, dass dieser Beschluss keine nennenswerte Reduktion des Zustroms bringen wird. Es gibt den Grundsatz: Migration schafft Migration. Pioniere gehen voraus und ziehen andere über ihre Netzwerke nach. Das ist Grundlagenwissen in der Migrationsforschung. Diejenigen Länder, die viele Migranten aufnehmen, werden viel Nachwanderung bekommen. Das ist in einem Raum ohne Kontrollen an den Binnengrenzen nicht zu verhindern. Man müsste vom Schengen-System der offenen Grenzen Abstand nehmen, was keiner will. Doch die Wanderung in diesem Raum orientiert sich an den vorhandenen Netzwerken, an den wirtschaftlichen Perspektiven, an der Lage des Arbeitsmarktes, an der Höhe der Transferleistungen, die gewährt werden.

Wie bedeutend sind die Wanderungsbewegungen von Menschen überhaupt im weltweiten Maßstab – und, was Europa betrifft?
Migration ist nicht der Normalfall. Der Normalfall ist die Sesshaftigkeit. 95 Prozent der Weltbevölkerung wandern nicht. Das liegt in erster Linie daran, dass sie gar keine Ressourcen – Geld für Schleuser, Sprachkenntnisse beispielsweise - dafür haben. Etwa 72 Prozent der internationalen Flüchtlinge kommen in Anrainerstaaten unter, das heißt, dass die meisten Flüchtlingskrisen regional aufgefangen werden. Auf Europa liegt Druck, weil die weitere Nachbarschaft der EU mehr als 40 Prozent der weltweiten Flüchtlinge und Binnenvertriebenen beherbergt. Europas Grenzen sind zudem lang und schwer zu kontrollieren. Die klassischen Einwanderungsländer legen größten Wert darauf, Migration in ihr Land möglichst umfassend zu steuern. Australien lehnt es beispielsweise ab, dass Fluchtmigranten überhaupt auf ihr Territorium gelangen. Sie schicken sie auf weit entfernte Inseln und internieren sie dort.

Daran gibt es aber auch harte Kritik. Zurecht?
Dieser Umgang mit Menschen ist natürlich schwierig, keine Frage. Ich halte es in der Tat für schwer zu rechtfertigen, Menschen unter üblen Bedingungen dort dahinvegetieren zu lassen. Der Ökonom Paul Collier vertritt das Konzept, aus Flüchtlingslagern Städte mit entsprechender Infrastruktur zu machen, in der die Menschen länger bleiben können, weil sie Perspektiven haben und nicht aufs Weiterwandern verwiesen sind.

Das aber mag man sich in Europa noch nicht recht vorstellen, genauso wenig wie die Abschaffung des individuellen Asylrechts. Ist der Handlungsdruck noch nicht groß genug?
Aus Sicht dieser Bundesregierung ist der Handlungsdruck offenkundig nicht so groß, denn sie hat ja gesagt: Ginge es nach uns, hätten wir etwa Familien mit Kindern aus dem nun beschlossenen System herausgenommen. Ich glaube aber, dass der Handlungsdruck enorm ist, weil migrationskritische Parteien stark hinzugewinnen – bei weitem nicht nur in Deutschland. Die Migrationsfrage ist nicht die einzige, die diese Parteien treibt, aber unter einer Vielzahl von Faktoren ein wesentlicher.

Allein der Blick auf die Grünen in Deutschland zeigt, wie umstritten der Beschluss ist. Die Partei-Doppelspitze ist dezidiert unterschiedlicher Meinung, Omid Nouripour begrüßt den Kompromiss, Ricarda Lang stellt ihn infrage. Wird es bei diesem Kompromiss bleiben?
Zunächst hat man sich auf eine Verhandlungsposition der EU-Mitgliedsstaaten geeinigt. Das ist keineswegs eine Blaupause für einen Verordnungsbeschluss. Nun wird es Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament geben. Man muss abwarten, was da passiert. Festzustellen ist jedenfalls, dass die deutsche Bundesregierung beim EU-Innenminister-Gipfel weitgehend isoliert war.

Wenn Deutschland ein Einwanderungsland ist, muss es dann erst noch lernen, wie ein Einwanderungsland zu denken?
Einwanderungsländer haben seit Beginn des 20. Jahrhunderts keine Politik der offenen Tür mehr betrieben. Deutschland liegt in der Mitte Europas. Wenn es sich als Einwanderungsland deklariert, dann stärkt das die Anziehungskräfte. Wenn man Einwanderungsland sein will, selbst aber, wie Deutschland, kleiner ist als etwa der US-Bundesstaat Missouri, dann muss man auf eine ziemlich harte Auswahl derjenigen, die kommen, und derjenigen, die bleiben dürfen, setzen. Davon ist Deutschland meilenweit entfernt. Vor dieser Konsequenz scheut man zurück.

Fragen: STEPHAN SOHR

Zur Person

Foto: privat

Dr. Stefan Luft ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Zu seinen Schwerpunkten gehört die Migrationspolitik. Von ihm erschienen sind folgende Publikationen: „Die Flüchtlingskrise: Ursachen, Konflikte, Folgen“ in der Reihe C.H. Beck Wissen (2. Auflage März 2017) und ganz aktuell im Westend-Verlag (zusammen mit Sandra Kostner): „Ukrainekrieg. Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht“. Stefan Luft stammt aus Coburg.

CSU-Abgeordneter Stefan Müller:

„Keine weitere Aufweichung“

Nach der Kritik von Grünen-Chefin Ricarda Lang an den **EU-Reformplänen für das Asylsystem** hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Stefan Müller, vor einer weiteren Aufweichung des Kompromisses gewarnt. „Eine Aufweichung des Beschlusses, wie von den Grünen gefordert, wäre verantwortungslos“, sagte Müller den Zeitungen der Mediengruppe Bayern. Die Grünen müssten Farbe bekennen: Migration begrenzen oder grenzenlose Migration. Deutschland müsse dagegen in den weiteren EU-Verhandlungen dafür sorgen, dass **„irreguläre Migration spürbar reduziert wird“**, so der Abgeordnete aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt. Die bisherigen Beschlüsse reichten nicht aus.

Zuvor hatte Lang sich in Berlin erneut unzufrieden über den Kompromiss geäußert. Zentrale Punkte seien bei den Verhandlungen in Luxemburg nicht erreicht worden, wie eine Ausnahme für Familien mit Kindern bei der Unterbringung in überwachten Einrichtungen an den EU-Grenzen. Auch einen verpflichtender Verteilmechanismus für Migranten hätten die EU-Innenminister nicht beschlossen.
Am Ende müsse sich jeder fragen, ob das Ergebnis den Status quo verbessere, sagte Lang.

dpa